

Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik zum 15. Kinder und Jugendbericht

Der 15. Kinder- und Jugendbericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland wurde in 2017 als Drucksache 18/11050 veröffentlicht. Eine unabhängige Sachverständigenkommission, unter Federführung des Deutschen Jugendinstitutes (DJI), hat den Bericht *„Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten- Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“* im Auftrag der Bundesregierung über zwei Jahre erarbeitet. Erstmals wurde auch eine Jugendbroschüre von einem Redaktionsteam der Jugendpresse Deutschland erarbeitet, die ausgewählte Ergebnisse darstellt. Der Bericht soll ein aktuelles Bild der Lebenslagen und des Alltagshandelns Jugendlicher und junger Erwachsener zeichnen und untersucht die Rahmenbedingungen des Aufwachsens sowie Einflüsse von Digitalisierung, demographischer Entwicklung und Globalisierung und analysiert alterstypische Problemlagen.

Die BAG Mädchenpolitik hat den Bericht mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und folgt nun der Einladung der Bundesregierung, sich mit dem Plädoyer der Sachverständigenkommission zu befassen und auseinanderzusetzen. Was wir hiermit unter mädchenpolitischen Gesichtspunkten tun.

Unsere Einschätzung

In den Kapiteln 2 bis 7 werden Lebenslagen von Mädchen* und Jungen* im Querschnitt geschlechterdifferenziert dargestellt sowie empirische Sekundärdaten punktuell genderdifferenziert wiedergegeben. Allerdings bleiben diese geschlechterreflektierten Analysen und Differenzierungen in der Stellungnahme der Bundesregierung nahezu unberücksichtigt. In der Zusammenfassung sowie im Kapitel 8 „Jugend ermöglichen - Plädoyer für eine neue Jugendorientierung“, in welchem Folgen, Empfehlungen und Forderungen formuliert sind, werden die Belange nicht geschlechterreflektiert aufgegriffen und dargestellt. Somit fehlen zuvor genannte Genderaspekte - gerade im Plädoyer - gänzlich.

Zusammenfassungen und Stellungnahmen der Bundesregierung haben eine große Bedeutung für viele Akteur*innen der Kinder- und Jugendhilfe.

Wenn in diesen die Sicht auf Genderbelange nicht vorhanden ist, findet folglich eine **De-Thematisierung** von Geschlechterthemen im 15. Kinder- und Jugendbericht statt. Dieses hat Auswirkungen auf die Außendarstellungen zum 15. Kinder- und Jugendbericht sowie die Lebenslagen von Mädchen* und Jungen* selbst. Somit wird die Zielperspektive Geschlechtergerechtigkeit als politische Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe (gemäß § 9 Abs. 3 SGB VIII) nicht in den Blick genommen.

Die Praxis zeigt, dass so genannte **Querschnittsthemen**, entgegen programmatischen Aussagen, nicht systematisch auf allen Ebenen und in allen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe berücksichtigt werden. Vielmehr scheint die im KJP verankerte Strategie „*unterschiedlicher Belange der Geschlechter mit dem Ziel der tatsächlichen Gleichstellung*“ im Querschnitt zu berücksichtigen, als Pseudo-Vorhaben gehandhabt zu werden.

Damit wird aus unserer Sicht ein folgenschwerer Verdeckungszusammenhang hergestellt. In der Nicht-Benennung wissenschaftlich relevanter Gender-Erkenntnisse werden für das Aufwachsen von Mädchen* und Jungen* wichtige Wirkmechanismen verdeckt.

Dadurch besteht nicht nur die Gefahr, dass traditionelle, hierarchische Ordnungssysteme weiter bestehen bleiben bzw. reproduziert werden, sondern auch, dass rahmenpolitische Förderprogramme Geschlechterdifferenzierungen ignorieren.

Empfehlung der BAG Mädchenpolitik

Der 15. Kinder- und Jugendbericht, der „Jugend zu ermöglichen!“ als Schwerpunkt hat, reduziert damit, die in der Adoleszenz so wichtigen „Möglichkeitenräume“ und schränkt Jungen*–wie Mädchen*–mit ihren vielfältigen Lebenslagen und Identifikationen im Aufwachsen erheblich ein.

Gleichstellung für junge Menschen ist laut aktueller KJP-Richtlinie jedoch eine prioritäre gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit auch eine zentrale Herausforderung der Kinder- und Jugendhilfe.

Für die Entwicklung und Verbesserung der fachlichen Arbeit ist es aus Sicht der BAG Mädchenpolitik erforderlich, Geschlechteraspekte stärker unter der Zielsetzung der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit sowie tatsächlicher Gleichstellung zu berücksichtigen und im Fazit aufzugreifen und daraus rahmenrechtliche (politische) Konsequenzen zu ziehen. Das bedeutet aus unserer Sicht auch, den Blick differenziert auf die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen/jungen Frauen zu richten.

Daher schlagen wir der Bundesregierung vor, den Bericht dahingehend zu ergänzen sowie im Diskurs über den 15. Kinder- und Jugendbericht, die im Innenteil genannten Genderaspekte differenziert aufzugreifen, entsprechend auszuwerten und in der politischen Umsetzung systematisch in den Blick zu nehmen und zu berücksichtigen.

Vorstand der BAG Mädchenpolitik e.V.

Ursula Grzeschke, Hannelore Güntner, Christine Schubart, Kerstin Schachtsiek

Berlin, den 26. März 2018